



Presseinformation

Nr. 333/2001

Kiel, Freitag, 28. September 2001

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Drogenpolitik/Modellversuch zur Heroinabgabe

Heiner Garg: Modellversuch in „echt“ ermöglichen

In seiner Rede zu **TOP 27** (Modellversuch in der Drogenpolitik) sagte der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Wir waren uns im Februar diesen Jahres mehrheitlich darüber einig, dass den einzelnen Bundesländern die Möglichkeit eingeräumt werden soll, Modellversuche mit Betäubungsmitteln durchzuführen.

Nun gibt es seit August die Möglichkeit „in echt“ – um Ihre Tochter zu zitieren, Frau Ministerin Moser - an einem wissenschaftlich begleiteten Modellprojekt teilzunehmen.

Dieses Projekt, das eine kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige beinhaltet, soll gerade diejenigen Abhängigen erreichen, die von den bisherigen Hilfsangeboten nicht oder nur ungenügend profitiert haben.

Wir müssen jetzt herausfinden, ob durch die ärztlich kontrollierte Behandlung einer Gruppe von Abhängigen mit Heroin eine Besserung ihrer gesundheitlichen Situation und ihrer sozialen Lage erreicht werden kann.

Nach allgemeinen Schätzungen gibt es etwa 60.000 Drogenabhängige, die nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums von den bisherigen Therapieprogrammen nicht oder nur ungenügend erreicht werden.

Auch in Schleswig-Holstein gibt es dieses Problem – wie wir in der Februar-Debatte ausgiebig erörtert haben.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Christel Happach-Kasan, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Dr. Heiner Garg, MdL

Günther Hildebrand, MdL

www.fdp-sh.de

Mit 71 Todesfällen im Jahr 2000 liegt Schleswig-Holstein im Mittelfeld der traurigen „Rauschgifttotenstatistik“, doch außer Zweifel steht, dass mehr erreicht werden könnte. Schleswig-Holstein hat bisher im Bereich der Drogenpolitik oftmals als Vorreiter Modellprojekte angestoßen, die abseits der ausgetretenen Pfade versucht haben, die betroffenen Menschen zu erreichen.

Ich sehe daher keinen Grund, dass Schleswig-Holstein sich an diesem Projekt nicht beteiligt. Wenn selbst Städte wie München oder Karlsruhe, die bisher ja nicht gerade im Ruf standen, eine großzügige Drogenpolitik zu betreiben, sich beteiligen, dann zeugt dies davon, dass auch dort die Chance nach einer vielversprechende Hilfsmaßnahme für die Betroffenen ergriffen wird.

Wir haben doch in der Vergangenheit immer wieder Wege gesucht, gerade den erkrankten Menschen zu helfen, die bisher nicht mit herkömmlichen Hilfsprogrammen erfolgreich gesundheitlich und sozial besser stabilisiert - und letztendlich geheilt werden konnten.

Alle bisherigen Modelle kämpfen doch damit, dass gerade harte Drogen neben den Substituten konsumiert und Therapien dadurch kontrahiert werden. Bei diesem Modell geht es nicht um einen bundeslandspezifischen Sonderweg: Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte hat das wissenschaftliche Studiendesign zum Modellversuch geprüft und zugestimmt.

Der Versuch wird durch die Bundesärztekammer und einem internationalen wissenschaftlichen Beirat begleitet. Neben der Therapie sind auch Formen der psychosozialen Begleitung der Patientinnen und Patienten Bestandteil des Modellprojektes. Sollte die gezielte Heroin-Behandlung bessere Ergebnisse erzielen als eine Vergleichsgruppe, die mit Methadon behandelt wird, soll sogar die Zulassung des Heroins als Fertigarzneimittel möglich sein.

Das neue Modell gibt die berechtigte Hoffnung, dass durch die Erweiterung der Behandlungsoptionen den Betroffenen besser geholfen werden kann. Es gibt jetzt die echte Perspektive, Abhängige sozial und beruflich wieder zu integrieren. Eine Perspektive, die sie durch ihre Sucht bereits seit langem verloren glaubten.

Es besteht die Hoffnung, dass die mit der Drogensucht unmittelbar zusammenhängende Beschaffungskriminalität in all ihren Facetten sowie die Zahl der Drogentoten durch die Einbindung von schwerstabhängig erkrankter Personen in ein solches Modellprojekt gesenkt werden kann.

Es gibt die Möglichkeit, Drogenkartelle mittelfristig ökonomisch auszutrocknen und die damit verbundenen gesellschaftlichen Probleme, die beispielsweise in den Bereichen Geldwäsche und Prostitution hier vor Ort akut sind, zu mindern – wenn sich dieser Modellversuch tatsächlich bewährt.

Jetzt besteht die Möglichkeit „in echt“ einem wissenschaftlich fundierten Modellversuch beizutreten und damit unsere damals gemeinsam formulierten Vorstellungen zu verwirklichen.

Deshalb sollte diese Chance auch genutzt werden.“